



---

**Sitzungsvorlage**  
zur öffentlichen Sitzung

**Drucksache Nr**

DSPA 67/19-Ö

des Planungsausschusses am 19.03.19

**Aktenzeichen**

---

**Zu Tagesordnungspunkt: 5)**

**Bekanntgaben, Anfragen, Anregungen**

- a) 2. Teilfortschreibung Regionalplan 2000, Windenergienutzung
- b) Hoahrheinautobahn A 98
- c) Gäubahn
- d) Reaktivierung von SPNV-Bahnstrecken in Baden-Württemberg
- e) Stand Anhörungsverfahren Fortschreibung TRP Oberflächennahe Rohstoffe
- f) Schweizer Atomendlager im schweizerisch-deutschen Grenzraum
- g) Grenzüberschreitendes Klimaprojekt „Klimawandel und Raumplanung“
- h) Initiativkreis metropolitane Grenzregionen

---

**Beschlussvorschlag der Verwaltung:**

|                      |
|----------------------|
| <b>Kenntnisnahme</b> |
|----------------------|

**Erläuterung zum Tagesordnungspunkt:**

Erläuterungen zu den vorgesehenen Punkte sind der Anlage zu entnehmen.

a) Windenergienutzung

Die 2. Teilfortschreibung des Regionalplans 2000 für die Region Hochrhein-Bodensee Windenergienutzung - Plansatz 4.2.5.3 - ist am 25.07.2017 von der Verbandsversammlung als Satzung beschlossen und am 18.12.2018 vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg genehmigt worden. Die Teilfortschreibung ist mit der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigungserteilung im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg am 18.01.2019 rechtskräftig geworden. Die Teilfortschreibung ‚Windenergienutzung‘ einschließlich der Raumnutzungskarte, Planungskonzept und Umweltbericht stehen auf der Internetseite des Regionalverbandes zum Download zur Verfügung.

b) Hochrheinautobahn A 98

Ab 2021 zieht der Bund die Zuständigkeiten für Planung und Bau von Autobahnen in einer Bundes-Infrastrukturgesellschaft zusammen. Die Abschnitte 98.6, 8 und 9 wurden bereits von der DEGES übernommen. Der Abschnitt 5 bleibt beim RP Freiburg. Für April 2019 ist die Erörterung im Rahmen der Planfeststellung 98.5 angekündigt. In der Sitzung wird über den aktuellen Stand der Planungen kurz berichtet, u.a. zum Thema Heilquellenbohrung im Raum Bad Säckingen.

c) Gäubahn

Der Interessenverband Gäu-Neckar-Bodensee-Bahn hat im Rahmen einer im Februar 2019 erfolgten Sitzung mit den am Projekt Stuttgart 21 beteiligten Projektpartnern für die Zeit der Bauphase des Bahnhofs am Stuttgarter Flughafen einen Interimsbahnhof der S-Bahn am Flughafen gefordert. Zudem sollen Fahrgäste der Gäubahn bereits ab Ende 2020 in Stuttgart-Vaihingen auf die S-Bahn umsteigen können. Hintergrund waren die zuletzt von der Bahn vorgestellten Pläne, während der Realisierung der "Station 3. Gleis" am Stuttgarter Flughafen die S-Bahn Anbindung des Flughafens für ein Jahr einzustellen. Darüber hinaus fordert der Interessenverband, dass mit der Fertigstellung des Regionalbahnhofs Stuttgart-Vaihingen Ende 2020 dort auch Intercityzüge der Gäubahn halten. Dies schafft für viele Gäubahn-Fahrgäste eine neue Direktrelation in den Süden Stuttgarts und eine Umstiegsmöglichkeit auf S-Bahn in Richtung Flughafen/Messe.

d) Reaktivierung von SPNV-Bahnstrecken in Baden-Württemberg

Im Rahmen der Ausbaustrategie für den öffentlichen Nahverkehr wird das Land Baden-Württemberg auch die Reaktivierung von Schienenstrecken für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) prüfen. Dazu soll eine landesweit angelegte vergleichende Machbarkeitsuntersuchung durchgeführt werden, deren Ergebnis dann auch Grundlage für eine Auswahl und Förderung des Landes sein soll. Der RVHB begrüßt die Maßnahmen zur Stärkung und Weiterentwicklung des SPNV. Im Rahmen einer ersten Anhörung wurden dem Verkehrsministerium folgende Schienenstrecken gemeldet, die für eine Machbarkeitsuntersuchung in Frage kommen:

- Ablachtalbahn (Stockach - Mengen - Hindelwangen)
- Singen - Rielasingen - Ramsen - Etwilen
- Wehratalbahn (Schopfheim - Wehr - Bad Säckingen)
- Wutachtalbahn (Lauchringen - Stühlingen/Weizen – (Hintschingen)
- Kandertalbahn (Haltingen - Kandern)

e) Stand Anhörungsverfahren Fortschreibung TRP Oberflächennahe Rohstoffe

Die Verbandsversammlung hat am 6. November 2018 den Anhörungsentwurf zur Fortschreibung des Teilregionalplans Oberflächennahe Rohstoffe beraten und die Durchführung des Beteiligungsverfahrens beschlossen. Das Beteiligungsverfahren für die Träger öffentlicher Belange (inkl. Kommunen) wurde vom 26.11.2018 bis zum 4.3.2019 durchgeführt. Dazu wurden insgesamt 400 TöB angeschrieben. Die Öffentlichkeitsbeteiligung fand vom 28.01. - 04.03.2019 statt. Bisher wurden 215 Stellungnahmen (Stand: 25.02.2019) abgegeben. In den kommenden Monaten wird die Auswertung und Vorbereitung der abschließenden Prüfung der eingegangenen Anregungen und Bedenken durch die Verbandsverwaltung erfolgen. Eine abschließende Vorberatung und Beschlussfassung durch die zuständigen politischen Gremien soll daran anschließend im Sommer 2019 erfolgen.

f) Schweizer Atomendlager im schweizerisch-deutschen Grenzraum

Der Eidgenössische Bundesrat hat Ende 2018 die zweite Etappe der Standortsuche für die Atommüllendlager der Schweiz abgeschlossen (Sachplan geologische Tiefenlager). An den möglichen Standorten sollen entweder zwei getrennte Tiefenlager für schwach- und mittelaktive Abfälle und für hochaktive Abfälle entstehen, oder ein Tiefenlager für alle Abfallkategorien (sog. Kombilager). Mit Etappe 2 beschloss der Bundesrat Standorte für die funktional zentralen Oberflächenanlagen in den untersuchten Standortregionen, und zwar raumplanerisch in Form von Zwischenergebnissen. Außerdem wurde verfügt, die verbleibenden drei Regionen Zürich Nordost (mit dem Zürcher Weinland), Nördlich Lägern (im Zürcher Unterland) und Jura Ost (Bözberg) für den definitiven Standortvorschlag der Entsorgungspflichtigen geologisch vertieft zu untersuchen. Alle drei Regionen grenzen unmittelbar an den Landkreis Waldshut, von der Standortregion Zürich Nordost ist zudem auch der Landkreis Konstanz betroffen, sowie – randlich – der Schwarzwald-Baar-Kreis. Die Projekte zur Atommüllentsorgung, die die Schweiz im Grenzraum zu Süddeutschland verfolgt, sind vor allem in zweierlei Hinsicht von hoher Raumwirksamkeit, somit für den Regionalverband thematisch und als Problem relevant: Erstens aufgrund ihrer räumlich wie zeitlich erheblichen Wirkungsdimensionen. Zweitens stellt sich mit der nunmehr dritten und letzten Etappe des Verfahrens die Langzeitaufgabe, für die betroffene(n) Standortregion(en) Strategien zur Regionalentwicklung zu entwerfen und umzusetzen – dies explizit auf Grundlage eines bestehenden Grenzen überschreitenden Ansatzes. Etappe 3 des Sachplans geologische Tiefenlager mündet ca. 2024 in den Standortvorschlag der Nagra, worüber dann nach jetziger Planung ca. 2029 die Landesregierung als auch die Bundesversammlung beschließen wird (Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum).

g) Grenzüberschreitendes Klimaprojekt "Klimawandel und Raumplanung"

Das bereits in der Haushaltsberatung angesprochene Interregprojekt zum Klimawandel und den Konsequenzen für die Raumentwicklung wurde weiter konkretisiert und beantragt. Der definitive Projektzuschlag wird erwartet. Projektträger sind neben dem Regionalverband (Leadpartner) das Land Vorarlberg, der Kanton St. Gallen, das Bundesamt für Raumentwicklung in Bern (ARE) sowie das Umwelt- und das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg.

h) Initiativkreis metropolitane Grenzregionen

Am 30.1.2019 tagte in Brüssel der Initiativkreis metropolitane Grenzregionen zusammen mit Vertretern aus den europäischen Grenzregionen und Europapolitikern. Gegenstand waren Praxisberichte aus dem niederländisch-deutsch-französisch-schweizerischen Grenzraum. Seitens des RVHB (VD Hoffmann) wurde die sehr pragmatische und projektorientierte Zusammenarbeit im trinationalen Verein AggloBasel vorgestellt. Auf besonderes Interesse stieß dabei, dass es durch die schweizerischen Agglo-Programme auch Projektförderungen in Deutschland gibt.

a) Windenergienutzung

Die 2. Teilfortschreibung des Regionalplans 2000 für die Region Hochrhein-Bodensee Windenergienutzung - Plansatz 4.2.5.3 - ist am 25.07.2017 von der Verbandsversammlung als Satzung beschlossen und am 18.12.2018 vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg genehmigt worden. Die Teilfortschreibung ist mit der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigungserteilung im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg am 18.01.2019 rechtskräftig geworden. Die Teilfortschreibung ‚Windenergienutzung‘ einschließlich der Raumnutzungskarte, Planungskonzept und Umweltbericht stehen auf der Internetseite des Regionalverbandes zum Download zur Verfügung.

b) Hochrheinautobahn A 98

Ab 2021 zieht der Bund die Zuständigkeiten für Planung und Bau von Autobahnen in einer Bundes-Infrastrukturgesellschaft zusammen. Die Abschnitte 98.6, 8 und 9 wurden bereits von der DEGES übernommen. Der Abschnitt 5 bleibt beim RP Freiburg. Für April 2019 ist die Erörterung im Rahmen der Planfeststellung 98.5 angekündigt. In der Sitzung wird über den aktuellen Stand der Planungen kurz berichtet, u.a. zum Thema Heilquellenbohrung im Raum Bad Säckingen.

c) Gäubahn

Der Interessenverband Gäu-Neckar-Bodensee-Bahn hat im Rahmen einer im Februar 2019 erfolgten Sitzung mit den am Projekt Stuttgart 21 beteiligten Projektpartnern für die Zeit der Bauphase des Bahnhofs am Stuttgarter Flughafen einen Interimsbahnhof der S-Bahn am Flughafen gefordert. Zudem sollen Fahrgäste der Gäubahn bereits ab Ende 2020 in Stuttgart-Vaihingen auf die S-Bahn umsteigen können. Hintergrund waren die zuletzt von der Bahn vorgestellten Pläne, während der Realisierung der "Station 3. Gleis" am Stuttgarter Flughafen die S-Bahn Anbindung des Flughafens für ein Jahr einzustellen. Darüber hinaus fordert der Interessenverband, dass mit der Fertigstellung des Regionalbahnhofs Stuttgart-Vaihingen Ende 2020 dort auch Intercityzüge der Gäubahn halten. Dies schafft für viele Gäubahn-Fahrgäste eine neue Direktrelation in den Süden Stuttgarts und eine Umstiegsmöglichkeit auf S-Bahn in Richtung Flughafen/Messe.

d) Reaktivierung von SPNV-Bahnstrecken in Baden-Württemberg

Im Rahmen der Ausbaustrategie für den öffentlichen Nahverkehr wird das Land Baden-Württemberg auch die Reaktivierung von Schienenstrecken für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) prüfen. Dazu soll eine landesweit angelegte vergleichende Machbarkeitsuntersuchung durchgeführt werden, deren Ergebnis dann auch Grundlage für eine Auswahl und Förderung des Landes sein soll. Der RVHB begrüßt die Maßnahmen zur Stärkung und Weiterentwicklung des SPNV. Im Rahmen einer ersten Anhörung wurden dem Verkehrsministerium folgende Schienenstrecken gemeldet, die für eine Machbarkeitsuntersuchung in Frage kommen:

- Ablachtalbahn (Stockach - Mengen - Hindelwangen)
- Singen - Rielasingen - Ramsen - Etwilen
- Wehratalbahn (Schopfheim - Wehr - Bad Säckingen)
- Wutachtalbahn (Lauchringen - Stühlingen/Weizen – (Hintschingen)
- Kandertalbahn (Haltingen - Kandern)

e) Stand Anhörungsverfahren Fortschreibung TRP Oberflächennahe Rohstoffe

Die Verbandsversammlung hat am 6. November 2018 den Anhörungsentwurf zur Fortschreibung des Teilregionalplans Oberflächennahe Rohstoffe beraten und die Durchführung des Beteiligungsverfahrens beschlossen. Das Beteiligungsverfahren für die Träger öffentlicher Belange (inkl. Kommunen) wurde vom 26.11.2018 bis zum 4.3.2019 durchgeführt. Dazu wurden insgesamt 400 TöB angeschrieben. Die Öffentlichkeitsbeteiligung fand vom 28.01. - 04.03.2019 statt. Bisher wurden 215 Stellungnahmen (Stand: 25.02.2019) abgegeben. In den kommenden Monaten wird die Auswertung und Vorbereitung der abschließenden Prüfung der eingegangenen Anregungen und Bedenken durch die Verbandsverwaltung erfolgen. Eine abschließende Vorberatung und Beschlussfassung durch die zuständigen politischen Gremien soll daran anschließend im Sommer 2019 erfolgen.

f) Schweizer Atomendlager im schweizerisch-deutschen Grenzraum

Der Eidgenössische Bundesrat hat Ende 2018 die zweite Etappe der Standortsuche für die Atommüllendlager der Schweiz abgeschlossen (Sachplan geologische Tiefenlager). An den möglichen Standorten sollen entweder zwei getrennte Tiefenlager für schwach- und mittelaktive Abfälle und für hochaktive Abfälle entstehen, oder ein Tiefenlager für alle Abfallkategorien (sog. Kombilager). Mit Etappe 2 beschloss der Bundesrat Standorte für die funktional zentralen Oberflächenanlagen in den untersuchten Standortregionen, und zwar raumplanerisch in Form von Zwischenergebnissen. Außerdem wurde verfügt, die verbleibenden drei Regionen Zürich Nordost (mit dem Zürcher Weinland), Nördlich Lägern (im Zürcher Unterland) und Jura Ost (Bözberg) für den definitiven Standortvorschlag der Entsorgungspflichtigen geologisch vertieft zu untersuchen. Alle drei Regionen grenzen unmittelbar an den Landkreis Waldshut, von der Standortregion Zürich Nordost ist zudem auch der Landkreis Konstanz betroffen, sowie – randlich – der Schwarzwald-Baar-Kreis. Die Projekte zur Atommüllentsorgung, die die Schweiz im Grenzraum zu Süddeutschland verfolgt, sind vor allem in zweierlei Hinsicht von hoher Raumwirksamkeit, somit für den Regionalverband thematisch und als Problem relevant: Erstens aufgrund ihrer räumlich wie zeitlich erheblichen Wirkungsdimensionen. Zweitens stellt sich mit der nunmehr dritten und letzten Etappe des Verfahrens die Langzeitaufgabe, für die betroffene(n) Standortregion(en) Strategien zur Regionalentwicklung zu entwerfen und umzusetzen – dies explizit auf Grundlage eines bestehenden Grenzen überschreitenden Ansatzes. Etappe 3 des Sachplans geologische Tiefenlager mündet ca. 2024 in den Standortvorschlag der Nagra, worüber dann nach jetziger Planung ca. 2029 die Landesregierung als auch die Bundesversammlung beschließen wird (Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum).

g) Grenzüberschreitendes Klimaprojekt "Klimawandel und Raumplanung"

Das bereits in der Haushaltsberatung angesprochene Interregprojekt zum Klimawandel und den Konsequenzen für die Raumentwicklung wurde weiter konkretisiert und beantragt. Der definitive Projektzuschlag wird erwartet. Projektträger sind neben dem Regionalverband (Leadpartner) das Land Vorarlberg, der Kanton St. Gallen, das Bundesamt für Raumentwicklung in Bern (ARE) sowie das Umwelt- und das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg.

h) Initiativkreis metropolitane Grenzregionen

Am 30.1.2019 tagte in Brüssel der Initiativkreis metropolitane Grenzregionen zusammen mit Vertretern aus den europäischen Grenzregionen und Europapolitikern. Gegenstand waren Praxisberichte aus dem niederländisch-deutsch-französisch-schweizerischen Grenzraum. Seitens des RVHB (VD Hoffmann) wurde die sehr pragmatische und projektorientierte Zusammenarbeit im trinationalen Verein AggloBasel vorgestellt. Auf besonderes Interesse stieß dabei, dass es durch die schweizerischen Agglo-Programme auch Projektförderungen in Deutschland gibt.